

[Startseite](#) | [Schweiz](#) | Kopftuchverbot: Zürcher Kantonsrat stimmt mit 87:82 zuAbo **Brisanter Entscheid in Zürich**

Der Kantonsrat spricht sich knapp für ein Kopftuchverbot an Zürcher Schulen aus

Zürcher Lehrerinnen und Schülerinnen sollen das Kopftuch ablegen, sobald sie in der Schule sind. Das ist aber kaum umzusetzen. Nun sucht Bildungsdirektorin Silvia Steiner eine Lösung.

**Pascal Unternährer**

Aktualisiert vor 15 Stunden



Das Kopftuch soll gemäss einer Mehrheit des Zürcher Kantonsrats aus dem Schulzimmer verschwinden.

Foto: Getty Images



In Kürze:

- Der Zürcher Kantonsrat hat ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen und Schülerinnen mit 87 zu 82 Stimmen angenommen.
- SVP, FDP und EDU befürworteten das Verbot, SP, Mitte und AL lehnten es ab. Die anderen Fraktionen stimmten nicht einheitlich.
- Bildungsdirektorin Silvia Steiner unterstützte eine gesetzliche Regelung, mahnte jedoch bei Schülerinnen zur Zurückhaltung.
- Die Kantone Aargau und St. Gallen beschäftigen sich mit ähnlichen Verboten.

Am Ende war es [knapp](#). Mit 87 zu 82 Stimmen hat sich das Zürcher Kantonsparlament am Montag für ein Kopftuchverbot sowohl für Lehrerinnen wie für Schülerinnen ausgesprochen.

Dafür stimmten SVP, FDP, EDU und Teile von EVP (4 von 7), GLP (4 von 23), Grünen (2 von 19) und – aus Versehen, wie sie sagt – 1 SP-Frau. Dagegen waren [SP](#) [↗], Mitte, AL, die grosse Mehrheit der Grünen und die EVP-Minderheit. Sechs Grünliberale enthielten sich der Stimme. Pikant: Hätte die SP-Frau wie ihre Fraktion gestimmt und die beiden Grünen ebenfalls, hätte ein Nein resultiert.

Zuvor war es zu einer lebhaften, gut dreistündigen Debatte mit 40 Voten gekommen. Es ging im Grundsatz um Religionsfreiheit, Gleichberechtigung und die Rolle der neutralen Volksschule.

Die SVP zitiert Alice Schwarzer

Die Befürworterinnen und Befürworter nannten das Kopftuch ein spezielles Kleidungsstück, das Frauen und Mädchen zuweilen aufgezwungen werde. «Die Verhüllung ist ein deutliches Zeichen der

Ungleichbehandlung von Frauen und kein harmloses religiöses Zeichen wie das Kreuzchen an der Halskette», sagte Motionär Tobias Infortuna (SVP). Frauen dürften sich seines Erachtens verhüllen, aber nur im Privaten und nicht an der öffentlichen Schule, welche die Kinder auf ein freies und gleichberechtigtes Leben vorbereiten solle. «Wir haben kein Problem mit dem Islam, aber der radikale Islam hat ein Problem mit Frauen», sagte er.

Parteikollegin Sandra Bossert zitierte die deutsche Feministin Alice Schwarzer, die das Kopftuch als «Zeichen der Unfreiheit» tituliert hat. Parteikollege Tobias Weidmann fügte hinzu, die öffentliche Schule dürfe kein «Ort der schleichenden Islamisierung» sein.

FDP-Sprecher Alexander Jäger sprach sich differenziert aus. Ja, es gebe Frauen, denen das Kopftuch aufgezwungen werde, sagte er. «Aber wir wollen nicht jeder Frau unterstellen, dass sie das Kopftuch unter Zwang trägt.» Man müsse die SVP-Motion also sorgfältig umsetzen, insbesondere was die Kinder angehe. «Ein generelles Verbot unterstützen wir nicht», stellte Jäger klar.

Die GLP war wie die EVP geteilter Meinung. Gleichstellung, Selbstbestimmung, Religionsfreiheit und staatliche Neutralität stünden in einem Spannungsfeld, sagte Nadia Koch (GLP). Markus Schaaf (EVP) zitierte ein Gutachten eines Islamwissenschaftlers, der das Kopftuch «aus koranischer Sicht als nicht obligatorisch» taxiert. Handkehrum seien Minderheitenschutz und Glaubensfreiheit wichtige Anliegen.

SP: «Respektlose Debatte»

Die Gegnerinnen und Gegner lehnten ein pauschales Kopftuchverbot ab, weil es eine ganze Religionsgemeinschaft stigmatisiere, wie Benjamin Walder (Grüne) sagte. Das Kopftuch sei ein Randphänomen, das die Schulen pragmatisch angingen. Schülerinnen können sich aufgrund der Schulpflicht auf die Religionsfreiheit stützen, wie das Bundesgericht 2015 in einem [Leiturteil](#) ⁷ entschieden hat. Bezüglich der Lehrerinnen sei das pädagogische Handeln aus-

schlaggebend, sagte Walder weiter. «Niemand ist weltanschaulich vollständig neutral.»

Mehrere Sprechende nahmen der SVP den Einsatz für die Frauen nicht ab. «Sie richten sich vielmehr gegen muslimische Frauen und Mädchen», sagte Mandy Abou Shoak (SP). «Als muslimische Frau finde ich die Debatte respektlos.» Muslimischen Frauen werde die Fähigkeit abgesprochen, selbst über den eigenen Körper und die eigene Kleidung entscheiden zu können. Auch wies sie auf Widersprüchliches hin: «Für Sie ist es kein Problem, wenn eine Frau mit Kopftuch das Schulzimmer oder die WCs reinigt.» Vor der Klasse aber werde die verhüllte Frau plötzlich politisch. AL-Sprecherin Nicole Wyss sprach von einer Stellvertreterdiskussion, die zur Ausgrenzung und Marginalisierung von muslimischen Frauen und Mädchen führe.

Silvia Steiner: «Klarheit schaffen»

Mitte-Sprecherin Kathrin Wydler plädierte für Gelassenheit und ein Nein zur Motion. Die Gesellschaft sei vielfältiger geworden, man müsse lernen, damit umzugehen, sagte sie und erinnerte an Verbote für die Katholiken bis in die 1960er-Jahre. Laut Wydler dürften Eltern ihre Töchter nicht zum Tragen eines Kopftuchs zwingen. Genauso wenig dürfe aber der Staat ihnen vorschreiben, es abzulegen. Die Schulen sollten aufklären, die Kinder stärken – und konsequent handeln, wo Rechte verletzt würden.

Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) vertrat namens des Regierungsrats eine andere Position als ihre Partei und stellte sich hinter die Motion. «Um die religiöse Neutralität der Volksschule zu stärken und den Schulen Klarheit zu verschaffen», befürwortete sie eine gesetzliche Regelung – für Lehrpersonen. Bei Schülerinnen brauche es aber aus genannten Gründen Zurückhaltung. Steiner versprach, eine «verfassungskonforme Vorlage» auszuarbeiten.

Kopftuchverbot in anderen Kantonen

Die Kopftuchfrage beschäftigt vielerorts. Vergangene Woche hat der Aargauer Grosse Rat eine Motion mit 78 zu 54 Stimmen überwiesen, die [Kopftücher für Schülerinnen unter 16 Jahren verbietet](#) [↗]. Ausschliesslich auf Erwachsene zielte ein Vorstoss im St. Galler Kantonsrat. Dieser hat im Juni mit 70 zu 46 ein [Kopftuchverbot für Volksschullehrerinnen beschlossen](#) und dieses auf die Mittel- und die Berufsschule ausgedehnt.

[Bern](#) [↗] und Schwyz kennen ebenfalls ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen, nicht aber für die Mädchen. Der Kanton Genf hat schon lange ein Verhüllungsverbot für alle Staatsangestellten. Das Stimmvolk [erweiterte das Verbot](#) im letzten Juni auf Volksvertreterinnen in den Parlamenten.

NEWSLETTER

Guten Morgen Basel

Erhalten Sie die wichtigsten und spannendsten News aus der Region, der Schweiz, der Welt und dem Sport.

Weitere Newsletter

Abonnieren

Pascal Unternährer ist Redaktor im Ressort Zürich Politik & Wirtschaft. Er berichtet vor allem über politische Themen aus der Stadt und dem Kanton Zürich. Mehr Infos

✉ @pu20000

Fehler gefunden? Jetzt melden.

330 Kommentare